

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

GVE-Skandal

Fakten und Fragen

Seite 3



Öffentlicher Nahverkehr
in Essen

Und immer schön den Takt halten!

Seite 5



Der 8. Mai 1945

Kriegsende und
Befreiung in Essen

Seite 6



Tatort Ramstein

Bundesregierung lügt seit Jahren

Seite 8

Droht Essen eine Troika?

Stadt verscherbelt jetzt das Tafelsilber!

Geplantes Defizit verdoppelt –

dann geht' s ans Eingemachte

Immer dramatischere Züge nimmt die Verschuldung Essens an. Rund 83 Millionen Euro „Miese“ machte die Stadt im Jahr 2014, rund doppelt so viel, wie sowieso schon als Defizit geplant war. Allein bei den Gewerbesteuern brachen die Einnahmen um fast 32 Millionen Euro ein. Damit hat Essen erstmals mehr Schulden als Vermögenswerte und ist bilanziell überschuldet. Der Schuldenberg beträgt rund 3 Milliarden Euro.

Von Gabriele
Giesecke

Damit ist das Ende der Fahnenstange aber noch nicht erreicht.

Teuer zu stehen kommen Essen 450 Millionen Euro, die als Kredite in Schweizer Franken aufgenommen wurden. Diese sollen im laufenden Jahr abgelöst werden, damit die Verluste von 50 bis 80 Millionen Euro nicht noch höher ausfallen.

Darüber hinaus zieht Regierungspräsidentin Anne Lütke die Zügel an. Sie untersagte die Aufstockung eines Kredites für die städtische Holding EVV. Über die EVV wird der Verlustausgleich für die EVAG abgewickelt. Ohne diesen Verlustausgleich kann die EVAG den Bus- und Bahnbetrieb nicht finanzieren.

Die Regierungspräsidentin legt Essen auch deshalb an die kurze Leine, weil sie sich bei verschiedenen Gelegenheiten übergangen fühlt. So wurde die Kostenüberschreitung beim RWE-Stadion (statt 32 nach aktuellem Stand 49 Millionen

Euro) der Regierungspräsidentin erst durch den GVE-Skandal bekannt. Andere gigantomanische Projekte wie ein Messeumbau für 123 Millionen Euro konnten mit Unterstützung der Partei DIE LINKE in einem Bürgerentscheid abgewendet werden.

Gleichwohl drohen drastische Einschnitte in den Leistungen, die die Stadt und ihre Gesellschaften für die Essenerinnen und Essener erbringen. Nicht nur beim öffentlichen Nahverkehr. Reflexartig reagierte vor allem Thomas Kufen, Fraktionsvorsitzender und Oberbürgermeisterkandidat der CDU, auf die desaströse Finanzlage. Er brachte Verkäufe von städtischen Beteiligungen und Einschnitte beim öffentlichen Personennahverkehr ins Gespräch.

Wenn es eine Überraschung bei der Mitgliederversammlung der Essener Linkspartei am 15. April 2015 in der „Sternquelle“ im Südviertel gab, dann die, mit welcher Einmütigkeit die Kandidatenkür stattfand: Mit 90 Prozent der Stimmen wurde der Werkzeugmacher und Betriebsratsvorsitzende Wolfgang Freye (60 Jahre) zum Kandidaten bei der Oberbürgermeisterwahl bestimmt.

Freye ist ein „alter Hase“ in der Essener Politik. Er war insgesamt 10 Jahre Mitglied der Bezirksvertretung in Essen-West, fünf Jahre im Rat der Stadt Essen und ist zurzeit Mitglied im

Die Ratsfraktion DIE LINKE wies solche Überlegungen sofort zurück. Mit uns ist ein Ausverkauf städtischen Eigentums nicht zu machen, wenn damit Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge erbracht werden. Unüberlegte Privatisierungen können zudem nach hinten losgehen, solange die strukturellen Probleme nicht gelöst sind. Denn wenn die Verkaufserlöse aufgezehrt sind, steht Essen am Ende mit ganz leeren Händen da. Profi-

der Daseinsvorsorge erbracht werden. Von besonderer Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger ist der Allbau. Über diese städtische Wohnungsbaugesellschaft hat die Stadt wichtige städtebauliche Entwicklungs-



Gabriele Giesecke ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen

table wirtschaftende städtische Gesellschaften wie ALLBAU oder RGE führen jährlich ihren Gewinn an die Stadt ab und tragen so zur Entlastung des städtischen Haushaltes bei.

Der Ausverkauf städtischer Beteiligungen verbietet sich aber auch, weil damit notwendige Leistungen

projekte angeschoben, wie die Aufwertung Altendorfs am Niederfeldsee oder jetzt im Nordviertel der Innenstadt. Allbau steht aber auch für bezahlbare Mieten. Der Verkauf des Allbau an private Investoren wurde schon einmal durch ein Bürgerbegehren verhindert.

Sehr wohl verkauft werden könnten aber die RWE-Aktien, die die Stadt Essen hält. SPD und CDU haben einen Verkauf bisher immer abgelehnt. Damit wurde der beste Zeitpunkt dafür, als die Aktie noch bei rund 80 Euro stand, verpasst. Jetzt dümpelt sie um die 25 Euro pro Stück. DIE LINKE bringt jetzt eine Anfrage in den Finanzausschuss ein, was aktuell ein möglicher Verkauf für den städtischen Haushalt bringen würde.

W. Freye ist OB-Kandidat

Große Einigkeit auf der Mitgliederversammlung der Essener LINKEN



Wolfgang Freye, OB-Kandidat der LINKEN

Planungsausschuss des Essener Stadtrats und zugleich Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Regionalverband Ruhr (RVR). „Das war eine gute Entscheidung“, kommentierte Sonja Neuhaus, Kreissprecherin, das Ergebnis. „Mit Wolfgang Freye

haben wir einen Kandidaten, der Erfahrung und Ideenreichtum vereint. Er wird von einer breiten Mehrheit der Partei getragen.“

Außerdem beschloss die Partei die sechs Themenfelder, die sie in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen will: Die soziale Spaltung Essens wird genauso ein Thema sein wie der öffentliche Nahverkehr, der Flächenverbrauch und die Bildung in Essen. Flüchtlinge sollen menschenwürdig leben können und die öffentlichen Betriebe „vorbildlich geführt werden“, wie es in dem Papier heißt. So wolle die Partei vor allem deutlich machen, „dass eine Politik des Sparens und der Durchwurstelei in Essen nicht alternativlos ist“, so Parteisprecher Michael Steinmann.

Freye selbst ergänzt: „Ich möchte den vielen Essenerinnen und Essenern, die vom bisherigen OB enttäuscht sind und im CDU-Kandidaten keine wählbare Alternative sehen, die Möglichkeit geben, eine Person zu wählen, die eine andere, bessere Politik verkörpert. Eine Politik, die die Armut bekämpft, nicht die Armen. Und die sich nicht an angeblichen Sach- und Kürzungszwängen orientiert.“

Die Wahl findet am 13. September 2015 statt. Allgemein wird erwartet, dass es weder CDU-Kandidat Kufen noch SPD-Kandidat Paß im ersten Wahlgang schaffen werden, das begehrte Amt zu erobern.

**& Kurz
& Knapp**

**Schweizer
Franken adé**

Im Finanzausschuss brachte es Professor Wim Kösters vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) auf den Punkt: Finanzgeschäfte mit anderen Währungen sind Spekulation. Selbst die Entscheidung, daraus auszusteigen, bleibt Spekulation. Da ein Ende mit Schrecken besser ist als ein Schrecken ohne Ende, unterstützte DIE LINKE den Ausstiegsbeschluss.

Paß stimmt grün-linkem Antrag zu

Im Januar beschloss die Große Koalition im Rat die vollständige Übertragung der Aufgabe der Offenen Ganztagschule (OGS) auf die JugendhilfegGmbH. DIE LINKE kritisierte dies und forderte eine Fachdebatte im Jugendhilfeausschuss, wie es sonst üblich ist. Das wurde abgelehnt. Daraufhin beantragten Grüne und LINKE im März, die Vor- und Nachteile einer Rückführung des OGS in die Verwaltung zu prüfen. Die Personalversammlung der Stadt sah das ähnlich, und so musste OB Paß dem grün-linken Antrag im Rat zustimmen, wollte er nicht seine Belegschaft vor den Kopf stoßen. Diesen Part haben dann CDU und SPD übernommen.

Neue Städtepartnerschaften

Essen hat zwei neue Städtepartnerschaften mit Zabrze (Polen) und Changzhou (China). DIE LINKE stimmte beiden zu. Sie hält die Partnerschaft mit Changzhou für eine besondere Herausforderung. Denn angesichts der Unterdrückung demokratischer und individueller Rechte in China dürfte der sonst übliche zivilgesellschaftliche Austausch schwierig werden. Im Vorfeld hatte die Beflagung des Rathauses mit der Flagge der nicht anerkannten tibetischen Exilregierung angesichts des Jahrestages des Tibetaufstandes für Aufsehen gesorgt.

„Rechtsvereinfachung“ im SGB II

Das geplante Hartz4-Änderungsgesetz*

Seit seiner Einführung wurde das Sozialgesetzbuch II, das Hartz4-Gesetz, unzählige Male geändert. Irgendwann in diesem Jahr könnte es wieder soweit sein. Das große Thema diesmal lautet: „Vereinfachung“.

In JobCentern herrscht vor allem die Bürokratie. Um dort das Verwaltungshandeln zu vereinfachen, hat eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern einige Vorschläge für eine Gesetzesänderung erarbeitet. Allerdings werden nicht allein Vorschläge zur Vereinfachung diskutiert, sondern zum Teil auch sehr weitgehende Gesetzesänderungen, wenn nicht sogar Verschärfungen. Insbesondere im Blick der Arbeitsgruppe waren hier Veränderungen am Sanktionssystem, also dem Teil des Gesetzes, der festlegt, wann Leistungsberechtigte „Pflichtverletzungen“ begehen. Solche Pflichtverletzungen können bspw. darin liegen, dass jemand einer Einladung des JobCenters nicht folgt oder aich auf eine vorgeschlagene Stelle nicht bewirbt. Bisher sehen verschiedene Pflichtverletzungen unterschiedliche Rechtsfolgen vor, je nachdem um welchen Pflichtverstoß es sich handelt und ob dieser erstmalig, zum zweiten Mal oder öfter begangen wird. Auch ob der „Delinquent“ älter oder jünger als 25 Jahre ist, ist



Carsten Dams ist als Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht Mitglied im Vorstand des BG45 Hartz4-Netzwerk-Essen e.V.

bereit sind zu etwas mehr Ungleichheit, wird das System so komplex bleiben.“ Das war schon mehr als man hören wollte. Ungeachtet aber einfach. Das kann nicht Zielsetzung im Bereich existenzsichernder Leistungen sein. Darüber welche Änderungen noch kommen könnten, nachdem die Bund-Länder-Arbeitsgruppe sich auf ca. 30 Vorschläge geeinigt hat, die umgesetzt werden sollen, möchte BG45-Hartz4-Netzwerk-Essen e.V. gerne informieren und diskutieren. Es wird daher zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Rechtsvereinfachung“ im SGB II Das geplante Hartz4-Änderungsgesetz Montag, 11. Mai 2015, 18.00 Uhr im Saal des Kulturforums, Drei-

ringstr. 7, in Essen-Steele eingeladen.

Niemand weiss bisher über die genauen Planungen alles. Manche aber schon mehr als andere. Als Referenten zum Thema konnte die BG45 Matthias Birkwald, Mitglied des Bundestages für die Partei Die Linke und Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales gewinnen. Er wird in dieser Veranstaltung vorstellen welche Änderungen bisher angedacht sind. Sowohl für alle SGB II-Leistungsberechtigten, als auch für alle sozialrechtlich und -politisch Interessierten ist daher dieser Termin sicher von Bedeutung und der Verein BG45 als Veranstalter hofft, möglichst viele BesucherInnen dort begrüßen zu können.

Dies gilt im Übrigen auch für die kostenfreien Rechtsberatungsangebote der BG45, die man unter www.bg45.de findet.

Buchtipps

Der im Gehen erkundete Weg: Marxismus-Feminismus

Die Berliner Soziologie- und Philosophieprofessorin und Feministin Frigga Haug beschreibt mittels zahlreicher Texte aus über fünf Jahrzehnten ihren Lebensweg als Fragende und in Frage Stellende auf der Suche nach der Verknüpfung von Marxismus und Feminismus. Sie schildere, schreibt sie selbst in der Einleitung, „einen doppelten Lernprozess, meinen eigenen – in dieser Hinsicht ist es ein autobiographisches Werk – und den eines sich herausbildenden feministischen Marxismus“. Es macht Spaß, sich als Lernende diesen Lernprozess zu erleben.

„Der Weg eines feministischen Marxismus ist, wie bei Marx entwickelt, auch bei Engels entworfen, bei Luxemburg und Gramsci durch buchstabiert, bei Brecht exemplarisch vorgeführt – einer, der mit dem Bewusstsein der je einzelnen ringt“, so schreibt Frigga in ihrem Buch treffend und zusammenfassend. Feministische Marxistin im Werden – nach Lektüre des Buches ein für mich mit Inhalt gefüllter Begriff mit viel Diskussionsstoff für die kommenden Herausforderungen. Ich wünsche daher dem Buch viele LeserInnen und Leser aus der LINKEN und darüber hinaus.

Cornelia Swillus- Knöchel



Frigga Haug: Der im Gehen erkundete Weg – Marxismus-Feminismus, Berliner Beiträge zur kritischen Theorie Band 18, Argument/InkriT, 384 Seiten, ISBN 978-3-86754-502-0, 24 Euro.

Wer sich also auf die Suche nach der Verknüpfung von Feminismus und Marxismus begeben möchte, kann hier über viele Bausteine, wie Frigga Haug es nennt, den im Gehen erkundeten Weg nachvollziehen. Dieser ist wohlwollend auch mit schreibaren Irrwegen versehen, dabei nie an- oder wehklagend, sondern immer positiv gestimmt weitergehend und suchend. Ausführlich werden spannende und teilweise auch heute noch kontrovers diskutierte Themen beleuchtet wie die These, dass Frauen sowohl Opfer als auch Täter seien. Über den Zusammenhang von der „Produktion des Lebens“ und der „Produktion der Lebensmittel“ bis zu den Geschlechterverhältnissen als Produktionsverhältnissen kommt Frigga zum Fazit eines gangbaren Weges: der „Vier-in-einem-Perspektive“, in welcher der Tagesablauf in vier Abschnitte aufgeteilt wird: Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, eigene Entwicklung und gesellschaftliche Entwicklung, aufgeteilt auf beide Geschlechter.

Öffentlicher Nahverkehr in Essen

Und immer schön den Takt halten!

In der letzten Ausgabe gab es einen Grundsatzbeitrag für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. In lockerer Folge wollen wir uns nun an einzelne Fragen machen, wie der Nahverkehr wirklich attraktiver werden kann. Diesmal geht es um die Fahrpläne.

Von Ralf Fischer

Das wichtigste auf dem Parkett: den Takt halten, damit man der Partnerin oder dem Partner nicht auf den Füßen herumtastet. Was man in der Tanzschule beigebracht bekommt, kann durchaus als Erfahrung für andere Bereiche dienen. Auch der öffentliche Nahverkehr ist umso erfolgreicher, je gleichförmiger und genauer ein Fahrplan gestaltet wird, je klarer der Rhythmus, sprich: die Fahrzeit, aussieht. Als der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr die S-Bahnen einführt, war genau dies das Erfolgsrezept: immer die gleichen Fahrzeiten zu einer regelmäßigen Uhrzeit. Auch die IC/ICE-Zugverbindungen der Bahn folgen diesem Muster. Takt heißt: der Bus oder die Bahn fährt immer zur Minute 12, fährt immer alle zwei Stunden, fährt immer alle 10 Minuten, fährt immer die gleiche Strecke usw. Den Takt einzuhalten bedeutet, die Verlässlichkeit des öffentlichen Transportsystems unter Beweis zu stellen. Warum soll man sich, wie bisher in Essen, merken müssen, dass der Bus um die Ecke nur morgens bis um 12 Uhr und dann



Foto: ©eckhard tordsen/pixelio.de



Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

erst wieder abends fährt, früh morgens alle 10 Minuten, ab 10 Uhr nur noch alle 20 Minuten, dann ein paar Stunden gar nicht, dann wieder alle 20 Minuten, aber nicht an Sonn- und Feiertagen? Solche Fahrpläne kann sich niemand merken, und man will sie sich auch nicht merken. Die leidvolle Erfahrung sagt den Fahrgästen, dass der Bus gerade dann nicht fährt, wenn man ihn braucht. Das fehlende Taktgefühl der Veranstalter sorgt für die Unattraktivität der Linie und im Ergebnis für die fehlende Nachfrage der Menschen, auf dieser Strecke den Bus zu benutzen.

Im Rahmen einer Neugestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in Richtung auf eine umlagefinanzierte Lösung für das Ruhrgebiet, ist ein Umdenken auch in Fragen der Fahrplangestaltung dringlich. Ein funktionstüchtiger Nahverkehr in einer Großstadt wie Essen heißt: Alle Linien fahren verlässlich alle 10 Minuten, auf den Hauptachsen alle 5 Minuten. Auch gibt es bei durchgreifendem Takt keinen Unterschied zwischen dem morgendlichen Berufsverkehr und dem Sonntag, allenfalls sind die Fahrzeuge kleiner, wenn weniger Bedarf besteht.

Ein so ausgelegter Taktfahrplan benötigt keine Fahrpläne mehr, überall ist nur noch angeschlagen, wann die erste und wann die letzte Bahn fährt und in welchem Abstand gefahren wird.

So kann man im ganzen Stadtgebiet einfach an die nächste Haltestelle gehen, weil innerhalb einer annehmbaren Wartezeit immer etwas fährt. Das erleichtert das Leben, der öffentliche Transport wird bequem, sicher und verlässlich. Das ist das Ziel, das wirkliche Erfolgsrezept des Taktverkehrs!

Krise bei der Via

Zusammenschluss beschleunigen statt Notbremse ziehen

von Artur Schwarz

Ende März richtete sich die Bezirksregierung an die Oberbürgermeister der Städte Mülheim, Duisburg und Essen. Darin mahnte sie Handlungsbedarf im Bereich der gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Via an, da diese im Vergleich zu anderen Verkehrsgesellschaften ein schlechteres Preis-Leistungsverhältnis aufweise. Dies führte zu einer Grundsatzdiskussion über die weitere Zukunft des Verkehrsbetriebs.

Angemahnt wurde beispielsweise, dass die Via im Vergleich zu anderen Verkehrsgesellschaften einen zu hohen Mitarbeiteranteil im Bereich der Wartung und Verwaltung beschäftigt gegenüber dem Bereich des Fahrpersonals. Außerdem produziere die Via ihre Leistungen pro Kopf gerechnet viel teurer als z.B. die Bogestra. Dieser Vergleich ist aber problematisch, weil der EVAG die kostenträchtigen U-Bahn-Anlagen selber gehören. Woanders gehören diese der Stadt.

Die Frage lautet nun, welche Konsequenzen daraus gezogen werden und in welche Richtung sich das Projekt Via entwickeln soll. Wenn es nach dem Aufsichtsratsvorsitzenden der EVAG, Wolfgang Weber (SPD), ginge, dann solle der bisherige Status Quo festgeschrieben werden, welcher eine eher lockere Zusammenarbeit der drei weiterhin selbstständigen Verkehrsgesellschaften bedeutet.

Dies ist aus Sicht der Partei DIE LINKE ein Schritt in die falsche Richtung; stattdessen muss die Fusion der drei Verkehrsgesellschaften forciert werden. Dies entspricht auch dem eigentlichen Ziel des Projekts. Durch die Fusion sollten zum einen Kosten durch Doppel- bzw. Dreifachstrukturen abgeschafft werden, und zum anderen kann durch eine einheitliche Organisation besser städteübergreifend gedacht und geplant werden.

Doch die Realität ist weit davon entfernt. Allein im VRR-Gebiet gibt es 27 Verkehrsgesellschaften, die alle ihr eigenes Süppchen kochen und so das mögliche Potential verspielen, worunter in erster Linie die Bürger zu leiden haben. Ein ruhrgebietsweites Verkehrsnetz würde die ganze Region und den Lebensstandard der Menschen aufwerten – und nebenbei noch Kosten einsparen! Statt die Notbremse zu ziehen, muss der Zusammenschluss beschleunigt werden.

Artur Schwarz ist Referent der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen

Anzeige

DAMS & KOLL. Rechtsanwälte

Probleme mit dem JobCenter? Wir helfen!

Rechtsanwalt Carsten Dams, Fachanwalt für Sozialrecht, bietet in Kooperation mit dem BG45 Hartz4-Netzwerk-Essen e.V. offene kostenfreie Hartz4-Einzel-Rechtsberatung ohne Termin an

Montags, 9.30 bis 11.30 Uhr im ev. Gemeindezentrum Ohmstr. 9, 45143 Essen-Altendorf

Dienstags, 13.30 bis 16.00 Uhr im Heinz-Renner-Haus, Büro der BG45, Severinstr. 1, 45127 Essen-Mitte

Mittwochs, 15.00 bis 17.00 Uhr im Weigle-Haus, Hohenburgstr. 96, Essen-Mitte

Freitags, 9.00 bis 11.00 Uhr im ev. Gemeindezentrum Steele Kaiser-Wilhelm-Str. 39, 45276 Essen-Steele

Bei uns berät immer ein im Sozialrecht spezialisierter Jurist persönlich!

Bitte bringen Sie Ihre Unterlagen – insbesondere die neuesten Hartz4-Bescheide – mit.

DAMS & KOLL. RECHTSANWÄLTE KAISER-OTTO-PLATZ 7 • ESSEN-STEELE WWW.SOZIALRECHTSANWALT-ESSEN.DE ☎ 0201 51 47 47 2



Sieben Gedanken zum Thema „Armut“

Von Norbert Bachmann

Haben Sie in diesem Jahr schon an die Menschen unter uns gedacht, die unter Armut leiden? Zwar ist die besinnliche Jahreszeit gerade vorbei, dennoch wollen wir einmal innehalten und derer gedenken, die es nicht so gut haben wie wir.

1. Armut macht abhängig

Vor allem macht sie abhängig von Leuten, die nicht arm sind und die eher wenig Verständnis haben für Leute, die unter Armut leiden. Aber wenn man nur genau wüsste, wie diese Leute den Armen helfen könnten. Es wird vermutet, dass höhere Steuern für Besserverdienende Abhilfe schaffen könnten, doch leider wird diese Idee nur selten bis zum Ende verfolgt.

2. Armut ist vererbbar

Leute, die nichts haben, werden Kinder bekommen, die nichts haben. Das ist nicht weiter problematisch, denn es steht ja jedem Heranwachsenden frei, nach dem Besuch staatlicher Bildungseinrichtungen, deren erfolgreiche Abschlüsse gerade erdrutschartig ihren Wert verlie-

ren, sich privat weiterzubilden. Ermöglicht wird dies mit dem Geld, das nicht da ist, und den Darlehen, an die man immer schwerer kommt.

3. Armut macht einsam

Mit armen Leuten zeigt man sich nur ungern, selbst dann, wenn man selber von Armut betroffen ist. Der Typ in der Fußgängerzone, der mit sich selber spricht, weil er niemanden zum Reden hat, ist halt keine Internetpersönlichkeit, wie Kay One oder LeFloid. Er hat noch nicht mal eine Webcam; dabei kosten die doch heute gar nicht mehr so viel. Funfact: Das Wort „arm“ ist verwandt mit dem griechischen Wort „Eremit“.

4. Man glaubt eher Autoritäten, die über Armut berichten, als den Betroffenen

Ein Treppenwitz der Geschichte; kein besonders guter, zugegeben. Behauptungen, dass Armut häufig selbst verschuldet oder gar kein so großes Problem mehr sei, finden immer mächtige Anhänger. Nichts beruhigt das Gewissen besser, als ein

Problem, „das gar nicht so schlimm ist“ oder „an dem die Betroffenen selber schuld sind“.

5. Armut ist ein permanenter Zustand

Ähnlich einem Labyrinth, kommt man leicht hinein, aber nur



Norbert Bachmann ist freier Autor.

6. Armut spaltet die Gesellschaft

Das geht einfacher und schneller, als man meint, ist Armut doch ein Zustand, der am liebsten von denjenigen ignoriert wird, die allein die Mittel haben, sie zu bekämpfen.

7. Armut ist häufig Folge von Diskriminierung - und führt zu mehr Diskriminierung

Es gibt viele Dinge, die einem Arbeitgeber nicht passen können. Viele Arbeitgeber mögen Leute mit Migrationshintergrund oder mit einer anderen Religion nicht. Einen Arbeitsplatz behindertengerecht zu gestalten, kann für einen Betrieb zu teuer sein. Manchmal reicht es auch, mit dem „falschen Geschlecht“ geboren zu sein. Bleibt die Arbeitsuche lange Zeit erfolglos, sind sich viele Leute gerne einig, dass jemand einfach mit dieser Tätigkeit „überfordert ist“ oder schlicht „nicht Arbeiten will“. Solche Behauptungen aufzustellen ist allemal günstiger, als Arbeitsplätze menschenfreundlicher zu gestalten.

Damit hätten wir das auch hinter uns gebracht und können uns wieder dem Konsum schöner Dinge widmen. Die Freiheit, haben zu können, was man will, ist ein hohes Gut in den Industrienationen. Darüber vergisst man leider häufig die Freiheit eines jeden zu sagen: „Das brauche ich nicht.“

Sechsspüriger A 42-Ausbau problematisch

Setzt sich die IHK beim Thema Verkehr durch?

Nach jüngsten Aussagen aus dem Bundesverkehrsministerium soll der Ausbau der A 52 zwischen der A 40 und der A 2 nun womöglich doch weiter im Bundesverkehrswegeplan bleiben. Als neues Vorhaben mit Priorität soll zusätzlich der Ausbau der A 42 zwischen Oberhausen, Bottrop und Essen aufgenommen werden. Die Autobahn soll zwischen Oberhausen-Zentrum und Bottrop-Süd auf acht Spuren und bis zum Kreuz Essen-Nord auf sechs Spuren erweitert werden. Wird beides beschlossen, hätten sich die regionalen Industrie- und Handelskammern (IHK), die sich seit Jahren als Lobby für die Durchstreckung der A 42 und den Ausbau der A 42 positioniert, voll durchgesetzt. Die Ratsfraktion DIE LINKE lehnt eine neue Autobahn durch das Ruhrgebiet ab und kann sich auch den Ausbau der A 42 nur schwer vorstellen. Er wäre ohne den Abriss



höhere Lärmschutzwände und anderen geeignete Maßnahmen. Des Weiteren müssten mehr Spuren auf der A 42 mit einem Verzicht auf den Ausbau der A 52 gekoppelt werden, damit der Norden des Ruhrgebietes nicht noch attraktiver für den LKW-Durchgangsverkehr wird. Sechs oder sogar acht Spuren auf der A 42 würden die Durchstreckung der A 52 als weitere Nord-Süd-Verbindung auch tatsächlich überflüssig machen, weil die vorhandenen Nord-Süd-Verbindungen A 43 und A 2/3 besser und schneller miteinander verbunden wären und auch die Anfahrt zum Duisburger Hafen erleichtert würde – worum es den IHKs letztlich auch geht. Wolfgang Freye

Der 8. Mai 1945

Kriegsende und Befreiung in Essen

Mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945, die den Zweiten Weltkrieg in Europa beendete, änderte sich für die Bevölkerung in der Stadt Essen zunächst erst mal nichts. Die „Waffenschmiede des Reiches“ hatte ihre Befreiung rund einen Monat vorher, am 10. April, erlebt. An diesem Tag wurde Essen von Soldaten der 79. US-Division und der 17. US-Airborne Division endgültig erobert, nachdem sich der Vormarsch der US-Truppen auf die Stadt über mehrere Tage hingezogen hatte.

K von Markus Renner
arnap wurde schon am 31. März eingenommen, doch erst in der Nacht vom 5. auf den 6. April wurden Katernberg, Altenessen und Dellwig besetzt. Der Ring um die Innenstadt zog sich in den nächsten Tagen immer mehr zu, militärisch konnte man den anrückenden Amerikanern nichts mehr entgegenzusetzen. Der Großteil der Essener Bevölkerung hatte dementsprechend auch weiße Bettlaken aus den Fenstern gehängt und erwartete die Eroberung am 10. April. Am 11. April um 10.00 Uhr erfolgte die offizielle Übergabe an die Amerikaner, bei der auch der NS-Oberbürgermeister Just Dillgardt verhaftet wurde. Im Süden der Stadt, in Werden und Kettwig, wurde noch bis zum 15. April gekämpft, wobei es gerade beim Kampf um Werden noch zu heftigen Gefechten kam, die nochmals einen hohen und absolut sinnlosen Blutzoll und Zerstörungen forderten.



Markus Renner ist freier Historiker

Ein letzter, sinnloser Blutrausch

Der Großteil der Essenerinnen und Essener war durch die seit 1940 erfolgenden, seit März 1945 dann massiv zunehmenden Luftangriffe auf ihre Stadt demoralisiert und sehnten ein Ende des Krieges herbei. Die Industriestadt Essen, das Herz des Ruhrgebiets, glich im April 1945 einem Trümmerhaufen. In der Altstadt waren ca. 93 Prozent des Häuserbestands zerstört. Von den 185.000 Wohnungen der Vorkriegszeit waren am Ende des Krieges ca. 64.000 komplett zerstört, 36.000 waren schwer beschädigt und unbewohnbar. In den verbliebenen Wohnungen, die größtenteils ebenfalls Zerstörungen aufwiesen, mussten 285.000 Menschen unterkommen. Komplett unzerstört blieben nur rund 4 Prozent des Wohnungsbestands.

Bei den insgesamt 272 Luftangriffen auf Essen wurden 32.511 Sprengbomben und 1.401.957 Brandbomben abgeworfen. 6,8 Millionen Kubikmeter Schutt müssen nach dem Krieg beiseite geräumt werden. Dass es angesichts dieser Zahlen zu der verhältnismäßig geringen Anzahl von 6.803 durch Luftangriffe getöteten Zivilisten gekommen ist, lag am ausgeprägten Bunkerbau in Essen. Angesichts dieser Lage ist es nachvollziehbar, dass viele Essenerinnen und Essener

die Ereignisse des April und Mai 1945 zunächst weniger als Befreiung, sondern in erster Linie als Niederlage empfanden. Die Erkenntnis, dass es eine Befreiung und die Chance für einen Neubeginn war, ließ noch etwas auf sich warten.

Im Gegensatz zur Essener Bevölkerung gab es viele Menschen, für die der Einmarsch der US-Truppen sofort eine Befreiung darstellte, nämlich für die Verfolgten des NS-Regimes. Die aus ihrer Heimat verschleppten Zwangsarbeiter, die aus politischen und rassischen Gründen Verfolgten, die Menschen, die nicht in das Weltbild der Nationalsozialisten passten, konnten nun aufatmen und auf eine bessere Zukunft hoffen.

Doch bevor es soweit war, wüteten die Schergen des NS-Regimes in einem letzten, sinnlosen Blutrausch. Das unabwendbare Ende vor Augen, gab es noch zahlreiche Verbrechen in den letzten Kriegstagen. Es gab zahlreiche Massenexekutionen wie die am Montag-

loch im Grugapark. Hier ermordete die Gestapo im März 1945 nochmals 35 russische Zwangsarbeiter. In Fischlaken wurden noch am 7. April NS-Todesurteile vollstreckt. Und der fanatische Reichsverteidigungskommissar und stellvertretende Gauleiter



von Essen, Fritz Schießmann, forderte am 25. März 1945 in einem Aufruf an die Bevölkerung: „Der Feind wird mit brutaler Härte wieder herausgehauen werden.“ Er wollte Essen räumen und sogar von Kindern, die in der Endphase des Krieges als letzte Aufgabe im „Volkssturm“ Dienst verrichten mussten und,

völlig unzureichend ausgebildet, in großer Zahl den Tod fanden. Wer diese Sinnlosigkeit erkannte und ihr zu entkommen versuchte, wurde mit dem Tode bestraft. So wie Hans van der Mee (21), Helmut Hawes (17) und Johann Hansjosten (17). Die drei jungen Männer sahen keinen Sinn mehr darin, noch an die Front zurückzukehren, wurden von Nachbarn

Aufräumarbeiten nach einem Bombenangriff in Essen
Haus der Essener Geschichte

Blick auf die zerbombte Essener Innenstadt
Haus der Essener Geschichte

denunziert und kurz vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen wegen Fahnenflucht erschossen.

Das Kriegsende in Europa im Mai 1945 und das Ende des Kampfes im Ruhrgebiet und in Essen im April 1945 waren eine Niederlage. Aber sie war die Niederlage des Nationalsozialismus. Diese verbrecherische und menschenverachtende Ideologie, die einen weltweiten Flächenbrand ausgelöst und Millionen Tote zu verantworten hat, die Menschen industriell ermordet und verwertet hat, wurde besiegt. Und dieser Sieg über den Nationalsozialismus ist die Befreiung. Damit diese Befreiung aber dauerhaft bleibt, damit die Niederlage der Unmenschlichkeit weiter Bestand hat, stehen wir heute in der Pflicht. Angesichts einer stärker werdenden intoleranten gesellschaftlichen Mitte, die unter dem Deckmantel einer „besorgten Bürgerschaft“ gegen die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft hetzt und rechte Ansichten hoffähig macht, müssen Demokratinnen und Demokraten aufbegehren und sich ihnen widersetzen. Die Befreiung vom Faschismus vor 70 Jahren hat nur dann weiter Bestand, wenn wir auch heute mit unserer schärfsten Waffe, unserem Verstand, weiter gegen inhumanes Gedankengut zu Felde ziehen. Das ist unser aller Verpflichtung gegenüber der Geschichte.



Kriegsgeschichten aus Katernberg oder: Als mein Bruder ein Baby war

D von Jutta Potreck
er Winter 1944/45 brachte auch für unseren Stadtteil Fronterfahung, Bomben- und Kanonendonner. Meine Mutter (heute 92 Jahre alt) war frisch verheiratet und mein großer Bruder wenige Wochen alt. Noch heute erzählt sie von einem der letzten Bombenangriffe, der großen Schaden angerichtet hat und einige Tage später zu einer Anekdote führte, die sicher symbolhaft für viele steht, denen ähnliches widerfahren ist.

Die Viktoriastraße bestand schon immer aus einer Reihe so genannter Koloniehäuser. Im Ruhrjargon wurden sie auch „Vierspänner“ genannt (zwei Eingänge hinten, zwei vorn), dahinter gab es ein Stallgebäude mit Plumpsklo, Waschzuber und Zinkwanne, und wer ein wenig bauen



Zerstörungen nach einem Bombenangriff in Essen
Haus der Essener Geschichte

konnte, hatte noch einen Ziegen- oder Schweinestall. Mein Großvater hatte im angrenzenden Garten einen Erdbunker gebaut – gerade groß genug für die Familien des Hauses 135/137. Bei einer der letzten Bombennächte kamen die Einschläge sehr nah: Plötzlich rummst es drei-

mal heftig – der Bunker wackelt, und das Licht fällt aus. Bibbernd wird auf den Entwarnungston der Sirenen gewartet. Wie hatte sich die Welt draußen verändert. Wo vorher der Nachbargarten war, klaffte jetzt ein tiefes Loch. Das Dach des eigenen Hauses sah irgendwie anders aus: Eine Druckwelle hatte es einmal komplett abgehoben und wieder auf die Gauben zurück fallen lassen. Im ganzen Haus fehlten die Fensterscheiben. Die weißen Gardinen klebten an der

Stallwand. So wie der Deckel eines Topfes, wenn etwas überkocht. Der Ruß der Kohlenöfen hatte für die Schwarzfärbung der gesamten Einrichtung im oberen Stockwerk gesorgt. Schlimmer hatte es das Nachbarhaus 137/139 getroffen: Volltreffer! Und die hatten keinen Bunker im Garten...

Als die Frontsoldaten kamen, haben die deutschen Soldaten auf alles geschossen, was sich bewegte. Mutter, Großvater (Großmutter war bei Verwandten evakuiert) und mein Bruder hockten mit den anderen Nachbarn im Keller, und als einige Stunden vom MG-Geknatter und den Soldaten nur mehr zu hören ist, wagt sie sich nach oben in die Küche. Nichts ist zu hören, niemand ist da. Sie öffnet die Eingangstür – noch immer alles ruhig, keiner zu sehen. Auf dem Hinterhof ist auch keiner.



Jutta Potreck ist Bezirksvertreterin für DIE LINKE im Stadtbezirk 6.

Sie wagt sich vor zur Straße und bemerkt zunächst auch nichts. Plötzlich pfeift ihr jemand hinterher. Sie dreht sich um und schaut in das freundlich lächelnde Gesicht eines schwarzen GI – gefühlte 2 Meter groß. Wie ein geölter Blitz saust sie auf dem Absatz kehrt machend ins Haus zurück. Nachdem die GI's meiner Mutter in die Küche gefolgt sind, werfen sie einen Blick in den Keller, um dort bis auf Großvater, der kein Parteimitglied war, nur Frauen und meinen kleinen Bruder vorzufinden. Da lassen sie die Leute zufrieden und stöbern in den Räumen nach Nazi-Sachen. Die gibt es aber nicht. Nach gefühlten Stunden kommt die Ansage, dass der Keller nun verlassen werden darf. Im Garten wird ein Biwak aufgeschlagen. Wenn man wüsste, wo Nazis sind, könnte man dort Beschied sagen. Für die Leute hier war der Krieg nun vorbei.

Aufruf zu einer ungewöhnlichen Aktion:

8. Mai – Flagge zeigen!

Weißer Tücher aus den Fenstern!



Gerade jetzt, in einer Zeit wachsender Kriegsgefahr, ist es umso notwendiger, an den vergangenen

Krieg zu erinnern: Damals wurden die Tücher gezwungenermaßen ausgehängt – indem wir das

jetzt freiwillig tun, wollen wir verhindern, dass es je wieder dazu kommt!

Am 8. Mai 2014 jährt sich zum 70. Mal das Ende des 2. Weltkrieges. Der 8. Mai, das war der Tag, an dem das Oberkommando der deutschen Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation unterschrieb: „auf dem Lande, auf der See und in der Luft“.

Mit Flugblättern wurden damals an die Essenerinnen und Essener aufgefordert, als Zeichen der Kapitulation weiße Fahnen aus den Fenstern zu hängen. Überall in Deutschland, wo die Alliierten Truppen einzogen, wurden daher in den letzten Kriegstagen im April und Mai 45 weiße Fahnen und Tücher aus den Fenstern gehängt, um anzuzeigen, dass kein Widerstand geleistet wurde und keine deutschen Soldaten mehr kämpften. Dieses Zeichen wollen wir am 8. Mai übernehmen und damit an das Kriegsende erinnern.



mitmachen. Dann kann es ein eindrucksvolles Bild Essens werden. A propos Bild: Bitte dokumentieren Sie die Aktion, fotografieren Sie Ihre Starbe mit den weißen Fahnen und laden Sie das Bild bei unserer Facebook-Seite hoch:

(URL: www.//tetetec)

Wenn überall weiße Tücher hängen, zeigen wir

- der Krieg ist nicht vergessen
- wir wollen es nie wieder dazu kommen lassen!

Machen Sie mit! Helfen auch Sie, ein unübersehbares Zeichen für den Frieden zu setzen! Zeigen Sie Flagge!

FAQ – Bedingungsloses Grundeinkommen

Gerechte Verteilung oder nur was für Faulenzer?

Im Programm der Partei DIE LINKE von 2011 heißt es: „Teile der LINKEN vertreten ... das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen.“ Um genau dies zu tun, hier einige „steile Thesen“ über das bedingungslose Grundeinkommen. Kontroverse Reaktionen sind erwünscht!



EVon Mathias Hofmann
In Grundeinkommen ist ein monetärer Transfer, den sich alle Bürgerinnen und Bürger wechselseitig zuerkennen und der durch das politische Gemeinwesen den Menschen ausgezahlt wird – ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne einen Zwang zur Erwerbs-/Lohnarbeit oder zu anderen Gegenleistungen. Der Transfer wird jedem Individuum ohne Bedingungen garantiert.

Wo kommt die Idee her?

Im Sinne eines regelmäßig zu zahlenden Transfers hatte diese Idee erstmals der Engländer Thomas Spence in „Die Rechte der Kinder“ (1796) naturrechtlich begründet. Die Einführung des Grundeinkommens sollte Armut beseitigen. Sie ging einher mit der Enteignung der adligen Großgrundbesitzer, mit dem Aufbau öffentlicher Infrastruktur und der Ermöglichung der demokratischen Beteiligung aller an der Gestaltung des Gemeinwesens, auch der Frauen. Im 19. Jahrhundert propagierten Charles Fourier und sein Schüler Victor Considérant das Grundeinkommen. Es sollte die persönliche Freiheit sichern und mit anderen veränderten gesellschaftlichen Bedingungen die Arbeit frei wählbar und attraktiv gestalten. Grundeinkommen und das Recht auf eine frei gewählte Arbeit, beides Menschenrechte, gehörten für sie zusammen.

Im 20. Jahrhundert setzten sich insbesondere Erich Fromm und André Gorz, zwei weitere linke Persönlichkeiten, für das Grundeinkommen ein. Erich Fromm betonte die menschenrechtliche und die freiheitsförderliche Dimension des Grundeinkommens. André Gorz stützte sich in seiner Begründung des Grundeinkommens insbesondere auf Karl Marx und die Veränderungen in der Arbeitswelt heute. Fromm betonte vor allem das Recht auf Leben, Nahrung und Unterkunft, auf medizinische Versorgung, Bildung usw. als „dem Menschen angebrochenes Recht, das unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf, nicht einmal im Hinblick darauf, ob der Betroffene für die Gesellschaft ‚von Nutzen‘

ist“ (Erich Fromm, Gesamtausgabe in 12 Bänden. Band V, München 1999 [1966]: 310).

Und die neoliberalen Verfechter der Idee?

Nicht überall, wo Grundeinkommen draufsteht, ist auch Grundeinkommen drin. Denken Sie an die linke Idee der Grundsicherung und der öffentlich geförderten Beschäftigung, die von den Neoliberalen mal als Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz 4), mal als Arbeitsgelegenheit (1-Euro-Jobs oder Bürgerarbeit) ins Gegenteil verkehrt wurden. Oder an das Projekt Arbeitszeitverkürzung, was zur Arbeitsverdichtung missbraucht werden kann. Entscheidend für ein links-emanzipatorisches Grundeinkommen sind dessen Ausgestaltung und Verständnis als Bestandteil einer emanzipatorischen und transformatorischen Gesellschaftsveränderung.

Das Grundeinkommen muss mit weiteren notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen verbunden werden. Das Grundeinkommen ist kein Allheilmittel! So müssen z.B. ein gesetzlicher Mindestlohn, weitere tarifpolitische und gesetzliche Instrumente der Verkürzung und Umverteilung der Erwerbs-/Lohnarbeit, demokratisch organisierte und kontrollierte öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen, gleiche Rechte und Chancen für Frauen, Menschen mit Behinderungen und Migrantinnen und Migranten in allen Arbeits- und Lebensbereichen und die gerechte Umverteilung aller notwendigen unbezahlten Arbeiten erkämpft werden.

Die öffentlichen Güter (z.B. Bildung, Gesundheit, gesunde Umwelt) sind allen zugänglich zu machen. Die Gesellschaft muss in allen Bereichen (Wirtschaft und Finanzen, Kultur, Infrastrukturen, Verkehr usw. usf.) radikal demokratisiert werden. Das Grundeinkommen soll so ausgestaltet sein, dass es von oben nach unten umverteilt und Armut beseitigt sowie eine nachhaltige soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung der Gesellschaft befördert. Die Ökonomie muss durch demokratische Prozesse am Bedarf der Menschen ausgerichtet werden.

Aber auch Herr Ackermann bekäme es. Ist das nicht ungerecht?

Nein, weil er wie alle Menschen einen Anspruch hätte. Zudem würde er das Mehrfache an Steuern zur Finanzierung des Grundeinkommens zahlen. Außerdem: Würde man bei der Auszahlung erst wieder eine Prüfung der Bedürftigkeit durch die Sozialadministration durchführen lassen, dann hätte man die eben genannten Probleme und Nachteile für die Betroffenen am Hals. Übrigens: Auch heu-

Nein. Denn auch wenn die Sanktionsfreiheit (also die Freiheit vom Zwang zur Arbeit oder zu anderen Gegenleistungen) das Grundrecht auf eine soziale Absicherung weitgehend erfüllt, gibt es doch einen großen Makel: Alle bedürftigkeitsgeprüften, also selektiven monetären Transfersysteme bewirken letztlich den Ausschluss einer nicht unerheblichen Anzahl armer Menschen aus dem Leistungsbezug (verdeckte Armut) – eben wegen jener selektiven Bedürftigkeitsprüfung, die immer mit Stigmatisierungen und Diskriminierungen der Betroffenen einhergeht. Bei Hartz 4 gibt es fast 50 Prozent verdeckte Arme, bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind es 68 Prozent.

Mehr noch, Grund-/Mindestsicherungen spalten die Gesellschaft in Transferbeziehende und Nichttransferbeziehende. Diese Spaltung hatte und hat für die Minderheit der Transferbeziehenden immer Nachteile – von Schmarotzervorwürfen bis Forderungen nach Leistungskürzungen, die leider auch von vielen Nichttransferbeziehenden unterstützt werden. Das Grundeinkommen dagegen ist für jede und jeden garantiert. Es realisiert in vollem Umfang das Menschenrecht auf soziale Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe und bekämpft konsequent Armut und Ausgrenzung. Außerdem wird mit dem Grundeinkommen eine Menge unsinniger, entwürdigender und datenschutzrechtlich problematischer Kontroll- und Überprüfungsbürokratie der Sozialadministration abgeschafft.

Reicht eine sanktionsfreie Mindestsicherung nicht aus? Nein. Denn auch wenn die Sanktionsfreiheit (also die Freiheit vom Zwang zur Arbeit oder zu anderen Gegenleistungen) das Grundrecht auf eine soziale Absicherung weitgehend erfüllt, gibt es doch einen großen Makel: Alle bedürftigkeitsgeprüften, also selektiven monetären Transfersysteme bewirken letztlich den Ausschluss einer nicht unerheblichen Anzahl armer Menschen aus dem Leistungsbezug (verdeckte Armut) – eben wegen jener selektiven Bedürftigkeitsprüfung, die immer mit Stigmatisierungen und Diskriminierungen der Betroffenen einhergeht. Bei Hartz 4 gibt es fast 50 Prozent verdeckte Arme, bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind es 68 Prozent.

Wer würde dann noch arbeiten gehen?

Nehmen wir an, diese Frage zielt auf eine bestimmte Form der Arbeit: die Erwerbs- und Lohnarbeit. Dieselbe Frage könnte dann auch bezüglich der sanktionsfreien Mindestsicherung der Partei DIE LINKE gestellt werden, gibt es doch auch da keinen existenziellen Zwang zur Erwerbs-/Lohnarbeit mehr. Hinter dieser Frage steckt die richtige Annahme, dass die Menschen, wenn ihnen die Ziele und Bedingungen der Arbeit nicht gefallen, dieser Arbeit lieber fliehen würden. Das hat schon Karl Marx mit seiner Kritik der entfremdeten Arbeit festgestellt.

Deswegen ist es so wichtig, dass die Bedingungen der Arbeit demokratisch umgestaltet werden. So kann sie attraktiv werden, kann Anerkennung und Sinn in der Arbeit gefunden werden. Letztlich müssen über das Ob, das Was und das Wie der notwendigen Produktion die Arbeitenden, die Konsumentenden, aber auch die anderen von der Produktion unmittelbarer oder mittelbarer Betroffenen (z.B. die Anwohnerinnen und Anwohner, letztlich die gesamte Bevölkerung) entscheiden. Das Grundeinkommen verbürgt dabei die Freiheit jedes Einzelnen, auch mehrheitlich gefassten Entscheidungen nicht verantwortungslos folgen zu müssen und dennoch in existenzieller Sicherheit leben zu können und materiell für die politisch-demokratische Teilhabe abgesichert zu sein.

Ist das nicht nur ein Kombilohn?

Nein: Kombilohn ist Niedriglohn plus staatliche Transfers. Nun wird das Grundeinkommen aber erstens mit einem Mindestlohn verbunden. Daher existieren auch keine Niedriglöhne mehr. Und zweitens stärkt es die



Der Autor ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Bedingungsloses Grundeinkommen der Partei DIE LINKE. NRW

Verhandlungsmacht der Lohnabhängigen und von deren Organisationen enorm, es ist faktisch ein gesichertes Streikgeld. Heute müssen sich nämlich Lohnabhängige bei Strafe der Existenznot faktisch fast allen unökologischen, unsozialen und prekarisierenden Auswirkungen und Bedingungen der Arbeit beugen.

Was hat das Grundeinkommen mit Antikapitalismus zu tun?

Sehr viel. Wenn Kapitalismus geprägt ist durch den existenziellen Zwang zum Verkauf der Ware Arbeitskraft zwecks Reproduktion des Kapitals, dann lockert das Grundeinkommen diesen Zwang enorm – und zwar auf individueller Ebene und dadurch, weil es ja für alle gilt, auf gesellschaftlicher Ebene. Es drängt geradezu zur Gestaltung neuer Formen der notwendigen Produktion, zu solidarischen und am Bedarf der Menschen orientierten Ökonomien, befördert die radikale Demokratisierung der Wirtschaft und damit die demokratische Aneignung der Lebens- und Produktionsbedingungen.

Mit dem Grundeinkommen wird der Anteil des Einkommens durch Arbeit vergesellschaftet, der sowieso allen Menschen gehört: alle natürlichen (und historisch-) kulturellen Grundlagen und Voraussetzungen der Arbeitsproduktion. Ebenso werden alle unbezahlten, aber notwendigen Tätigkeiten wie Haus-, Sorge- und Pflegearbeiten und das bürgerschaftliche Engagement der Menschen – ca. 2/3 der gesellschaftlich notwendigen Arbeit – durch das Grundeinkommen allen gesellschaftlich zuerkant.

Schon Karl Marx wusste, dass in einer hochgradig wissenschaftlichen und arbeitsteiligen Gesellschaft die Wertschöpfung des Einzelnen überhaupt nicht exakt dem Einzelnen zuzurechnen ist. Daher plädierte er ja auch für eine andere Produktions- und Distributionsweise, die den überholten bürgerlichen Horizont der Verteilung gemäß der Wertschöpfung überschreitet. Das Grundeinkommen bedeutet, wie die öffentlichen, z.T. gebührenfreien Infrastrukturen und Dienstleistungen, letzt-

lich eine emanzipatorische und transformatorische Vergesellschaftung gemeinschaftlichen Eigentums, die dem tatsächlichen Entwicklungsstand der Produktivkraftentwicklung entspricht.

Wie stehen Feministinnen zum Grundeinkommen?

Unterschiedlich. Viele befürworten das Grundeinkommen, weil es Frauen ökonomisch unabhängiger von den Männern macht. Die Befürworterinnen betonen aber auch immer, dass selbstverständlich weitere gesellschaftliche Veränderungen erfolgen müssen, z.B. um die geschlechtergerechte Verteilung der notwendigen Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit und die gleichen Arbeitsbedingungen (z. B. Löhne) in der Erwerbsarbeit für Frauen zu erreichen. Diese Veränderungen und dazu nötige Instrumentarien sind in einem links-emanzipatorischen Grundeinkommenskonzept enthalten. Ebenso ist das Ansinnen vieler linken Feministinnen, erstens die Ökonomie und Arbeit in ihrer Ganzheit zu sehen und zweitens diese an den Bedürfnissen zu orientieren, fest in links-emanzipatorischen Grundeinkommenskonzepten verankert.

Es gibt aber auch Feministinnen, die das Grundeinkommen nicht befürworten. In der Regel sind dies diejenigen, die die kapitalistische Ökonomie und entfremdete Arbeit nicht grundsätzlich in Frage stellen bzw. das Grundeinkommen nur als eine isolierte Maßnahme missverstehen.

War denn aber nicht eine geldlose Gesellschaft eine linke Vision?

Ja, natürlich. Trotzdem werden in jeder Gesellschaft, in der nicht ein schlarraffenlandartiger Überfluss an allen Gütern und Dienstleistungen gegeben ist, immer Zuteilungsmittel oder Anteilsscheine für diese Güter und Dienstleistungen verteilt – im Falle des Grundeinkommens dann in fernerer Zeit eben nicht mehr in Geldform. Bei öffentlich zugänglichen Infrastrukturen und Dienstleistungen kann eine monetäre Form der Umverteilung durch eine Gebührenfreiheit dieser Angebote ebenfalls überwunden werden.

Und international?

Heute leben wir auf Kosten der ausgebeuteten „Entwicklungsländer“. Diese müssen aus dem Würgegriff von IWF, Weltbank und Freihandelsabkommen befreit werden und endlich die Chance für eine eigenständige Entwicklung erhalten. Das heißt auch, dass Deutschland seinen Exportimperialismus aufgeben müsste und manche liebgewonnene billige Ware aus dem globalen Süden teurer wird oder gar vom Markt verschwindet. Das Grundeinkommen selbst ist ein globales soziales und politisches Recht, ein realisiertes Menschenrecht auf soziale Sicherheit und politische, kulturelle und soziale Teilhabe. Linke sind Internationalisten – daher streiten Linke auch für die Durchsetzung dieser globalen Rechte. Auch dafür, dass kein Mensch mehr aus Gründen der existenziellen Not und Ausgrenzung sein Land, seine Familie, seine Heimat, seine Kultur verlassen muss.

Tatort Ramstein

Bundesregierung lügt seit Jahren

„Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen“ – das ist seit mehr als zwei Jahren die Strategie der Bundesregierung zu den illegalen Tötungen durch US-Drohnen mit Unterstützung der US-Militärbasis im Rheinland-pfälzischen Ramstein. Die Öffentlichkeit und die Abgeordneten werden belogen. Schon vor zwei Jahren hatten die „Süddeutschen Zeitung“ und die ARD-Sendung „Panorama“ auf die Verwicklungen von Ramstein in den US-Drohnenkrieg hingewiesen. Am 18.04.2015 griff auch „Der Spiegel“ das Thema auf: Auf Grundlage bisher geheimer Dokumente berichtete er, dass die US-Armee alle tödlichen Drohnenangriffe über Ramstein abgewickelt und die Bundesregierung seit Jahren davon gewusst hat.

Diese Drohneneinsätze finden vor allem im Jemen, Pakistan, Afghanistan und Somalia statt. Die Piloten sitzen in den USA und steuern von da aus die unbemannten Flugzeuge. Das Signal wird aber nicht direkt übertragen, sondern über Ramstein. Anders wäre technisch eine Echtzeitverbindung zur Drohne nicht möglich. Ramstein ist somit der entscheidende Knotenpunkt für den US-Drohnenkrieg. Bisher sind schätzungsweise 6.000 Menschen durch diese Einsätze ohne Gerichtsverfahren hingerichtet worden – darunter mehrheitlich Unschuldige.

War denn aber nicht eine geldlose Gesellschaft eine linke Vision?

Ja, natürlich. Trotzdem werden in jeder Gesellschaft, in der nicht ein schlarraffenlandartiger Überfluss an allen Gütern und Dienstleistungen gegeben ist, immer Zuteilungsmittel oder Anteilsscheine für diese Güter und Dienstleistungen verteilt – im Falle des Grundeinkommens dann in fernerer Zeit eben nicht mehr in Geldform. Bei öffentlich zugänglichen Infrastrukturen und Dienstleistungen kann eine monetäre Form der Umverteilung durch eine Gebührenfreiheit dieser Angebote ebenfalls überwunden werden.

Und international?

Heute leben wir auf Kosten der ausgebeuteten „Entwicklungsländer“. Diese müssen aus dem Würgegriff von IWF, Weltbank und Freihandelsabkommen befreit werden und endlich die Chance für eine eigenständige Entwicklung erhalten. Das heißt auch, dass Deutschland seinen Exportimperialismus aufgeben müsste und manche liebgewonnene billige Ware aus dem globalen Süden teurer wird oder gar vom Markt verschwindet. Das Grundeinkommen selbst ist ein globales soziales und politisches Recht, ein realisiertes Menschenrecht auf soziale Sicherheit und politische, kulturelle und soziale Teilhabe. Linke sind Internationalisten – daher streiten Linke auch für die Durchsetzung dieser globalen Rechte. Auch dafür, dass kein Mensch mehr aus Gründen der existenziellen Not und Ausgrenzung sein Land, seine Familie, seine Heimat, seine Kultur verlassen muss.



Foto: David Underwood / U.S. Air Force (gemeinfrei)

galen US-Drohnenkrieg weiß – und nach den jüngsten Enthüllungen belegen dies die geleakten Regierungsdokumente – müsste sie dagegen vorgehen. Das tut sie aber nicht und missachtet damit das Grundgesetz, das nicht nur das Recht auf Leben schützt, sondern auch Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, verbietet. Dr. Björn Schiffbauer vom Institut für Völkerrecht an der Universität Köln stellt klar: „Es geht nun einmal um Mord“, und fordert wie andere Rechtsexperten, dass gegen die Mitarbeiter, die die Datenübertragung organisieren, geklagt werden muss.

Bundesregierung weicht Fragen aus

Auf der Basis dieser Berichte habe ich, wie auch andere Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, in zahlreichen Anfragen bei der Bundesregierung nach Hintergründen und Konsequenzen gefragt. Die Bundesregierung hat in ihren Antworten bislang jede „Steuerung“ der Drohnen von deutschem Boden aus abgestritten. Dabei wurde nie danach gefragt, ob von Deutschland aus gesteuert wird, sondern ob Daten über Ramstein fließen. Diese Frage ignorierte



MdB Niema Movavatt

die Bundesregierung schiebt, zuletzt in der Fragestunde am 22. April 2015, in der Staatssekretär Dr. Braukusiepe die Vorwürfe ohne Substanz ausweichend dementierte. Zwar schickte die Regierung einen Fragebogen nach Washington, der wurde aber nicht beantwortet. Auf zahlreiche Nachfragen meinerseits, wann die Antwort denn nun käme, steigerte die Regierung den verbalen Grad des Erinnerns des US-Partners: Zunächst wurde „nur“ erinnert, dann

„fortgesetzt“, „eindringlich“, „mit Nachdruck“ sowie „fortgesetzt eindringlich“ an die Beantwortung des Fragebogens erinnert. Das Ganze könnte Satire sein, wenn es nicht darum ginge, dass hier Menschen durch US-Drohnen ermordet werden.

Blindes Vertrauen der Bundesregierung

Mittlerweile hat die Farce ein Ende: Die Bundesregierung sieht den Fragekatalog als „beantwortet“ an, weil die USA zugesichert haben, dass sie von deutschem Boden aus keine Drohneneinsätze organisieren. Die Bundesregierung glaubt einfach, was die USA sagen. Sie will keine Aufklärung, inwiefern US-Standorte in Deutschland am tödlichen Drohnenkrieg der US-Armee in Afrika und Asien beteiligt sind. Das ist nicht nur undemokratisch, sondern verletzt auch das Grundgesetz. DIE LINKE fordert die sofortige Einleitung eines Ermittlungsverfahrens der Bundesanwaltschaft zu den Verwicklungen von Ramstein in den Drohnenkrieg. Die Bundesregierung muss endlich die Fragen der Abgeordneten wahrheitsgemäß beantworten. Da die Beweise erdrückend sind, muss die Bundesregierung Ramstein bis zur endgültigen Klärung schließen.

Bundesregierung mitverantwortlich für Vertreibungen durch Weltbankprojekte

Von MdB Niema Movavatt

Die Weltbank ist keine normale Bank, sondern gehört zu den Verurteilten Nationen. Offiziell ist sie mit dem Ziel angetreten, Armut überall auf der Welt zu bekämpfen. Durch investigative Recherchen und die Analyse von über 6.600 Weltbank-Dokumenten durch die Süddeutsche, den NDR und WDR kam erschreckendes ans Licht: Mehr als 3,4 Millionen Menschen wurden durch die Weltbank gewaltsam umgesiedelt. Alle Bundesregierungen der letzten zehn Jahre tragen als viertgrößter Anteilseigner der Weltbank Mitverantwortung für die gewaltsame Vertreibung der 3,4 Millionen Menschen und die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch Weltbank-Projekte. Sie alle haben die Entwicklungsprojekte nicht ernsthaft kontrolliert.

In Bajo Aguan (Honduras) herrschen Armut und Angst, denn seit Jahren tobt ein andauernder Konflikt, in den auch die Weltbank verstrickt ist. Als die Weltbank zu Beginn



der 1990er Jahre Kredite für Struktur reformen zur Verfügung stellte, gingen über 75 Prozent des Vieh- und Ackerlandes in den Besitz von Großgrundbesitzern über. Damit stieg die Armut der ehemaligen Klein- und massenloschafflich organisierten Bauern massiv an. Seit diesen neoliberalen Struktur reformen ist die Armutsrate in Honduras gestiegen, das Bruttoinlandsprodukt sank. Im Konflikt mit das kleine

Tal kamen mehr als 100 Menschen ums Leben. Bajo Aguan ist nur eines von vielen Beispielen, in denen Menschen zwangsumgesiedelt wurden oder starben. Wenn das Entwicklungsministerium nun „große Sorge“ über die Ergebnisse der Recherche äußert, ist das pure Scheinheiligkeit. Die Kritik an vielen Projekten war der Bundesregierung längst bekannt. Sie hat aber nie reagiert. Es ist ein Skandal, dass eine Institution, die Armut bekämpfen soll, durch viele ihrer Projekte Menschenrechte und Umweltstandards verletzt und damit mehr Armut schafft. Dies hängt auch mit der völlig undemokratischen Struktur der Weltbank zusammen, in der ärmere Länder kaum Mitspracherechte haben. Die Bundesregierung muss Projekte der Weltbank streng kontrollieren und im Zweifel ablehnen. Sie muss sich dafür einsetzen, dass Menschen, die wegen Weltbankprojekten Hab und Gut verloren haben, entschädigt werden. Zudem muss sie sich für verbindliche soziale und umweltrechtliche Mindeststandards engagieren, statt sich immer nur mit frommen Worten für die Menschenrechte der Ärmsten der Armen einzusetzen. Dazu gehört auch eine Stärkung der Weltbank-Safeguards.

Die nächste Wahlkreisfahrt findet Ende Juni statt und wird einen Schwerpunkt für Jugendliche, Auszubildende und Studierende haben und wird ca. acht Wochen vor Fahrtbeginn beworben. Interessierte können sich melden beim Bürger*innenbüro Niema Movavatt im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1., Telefon 81337730.

Essener LINKE auf Wahlkreisfahrt



Vier sonnige Tage verbrachten 50 Essenerinnen und Essener Ende Februar auf Einladung des Essener Bundestagsabgeordneten Niema Movavatt in Berlin. Zum Besuchsprogramm gehörte der Deutsche Bundestag, in dem die Gruppe an der Debatte um das „Bundeswehrattraktivitätssteigerungsgesetz“ teilnahm.

Die Besuchergruppe, zur Hälfte Mitglieder der Partei DIE LINKE und zur Hälfte interessierte Parteiloze, besuchte außerdem den Bundesnachrichtendienst. Unsere Gastgeberin im dortigen „Briefing Room“ (so hieß der Konferenzsaal wirklich) war keine geringere als die Redenschreiberin des BND-Präsidenten. Sie erläuterte Struktur und Aufgaben des Dienstes und musste sich dann etlichen kritischen Fragen zur Snowden-Affäre, zum Umgang mit Daten und zu aktuellen Ereignissen wie der Ukraine-Krise, Afghanistan oder der NSA-Überwachung stellen.

In einem ausführlichen Gespräch schilderte uns MdB Niema Movavatt eine typische Berliner Arbeitswoche und beantwortete Fragen zu seiner Arbeit und speziell seiner Tätigkeit als entwicklungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Im Deutschen Bundestag. Auch gab es im Karl-Liebknecht-Haus ein Fachgespräch mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Tobias Pflüger, der uns einen Einblick in die Debatte um Syria und die neue deutsche Außenpolitik gab.

Ein Ausflug durch das Regierungsviertel mit der NGO „Lobby Control“ zeigte, welchen Einfluss Lobbyisten auf die Politik in Berlin nehmen. Der „Justigte“ Verein war wohl der „Backzutatenverband“. Endpunkt der Führung war der China Club, bei dem alleine die Mitgliedschaft wohl 10.000 Euro jährlich kostet.

Auf dem Programm stand weiter ein Besuch des Willy-Brandt-Museums. Am Tag der Abreise besuchte die Gruppe noch das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst, wo die Führung der Wehrmacht am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation Deutschlands unterzeichnet hatte. Die sehr differenzierte und kritische Ausstellung des Museums war für viele Mitgereiste ein Einblick in die Geschichte von Kriegsgefangenen und der deutsch-russischen Geschichte zwischen 1918 und 1955.

Die nächste Wahlkreisfahrt findet Ende Juni statt und wird einen Schwerpunkt für Jugendliche, Auszubildende und Studierende haben und wird ca. acht Wochen vor Fahrtbeginn beworben. Interessierte können sich melden beim Bürger*innenbüro Niema Movavatt im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1., Telefon 81337730.

Aufrüstung

Deutschland führt Speerspitze der NATO

Tschechien wird vom 22. Juni bis 3. Juli 2015 mit mehr als 400 Soldaten gemeinsam mit den USA, Ungarn, Litauen und der Slowakei ein gemeinsames NATO-Manöver in Boletice durchführen. Geübt werden sollen erstmals gemeinsame Abschüsse von Boden-Luft-Raketen mit kurzer Reichweite. Nach Angaben der „FAZ“ hat die tschechische Regierung mitgeteilt, dass es eine Bedrohung „durch die Eskalation der Spannung zwischen Russland und der Ukraine“ gäbe. Bei der Militärübung soll ein Luftangriff auf ein europäisches Nato-Mitglied simuliert werden.

Von Tobias Pflüger

Z eitgleich hat am 20. März 2015 das Parlament in Sofia der Errichtung eines Kommando-zentrums in Bulgarien zugestimmt. Dieses Kommandozentrum ist Teil der beim NATO-Gipfel 2014 in Wales beschlossenen neuen permanenten NATO-Militärinfrastruktur in sechs östlichen NATO-Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Bulgarien) für die neue schnelle Eingreiftruppe der NATO. Beschlossen wurde ein so genannter „Readiness Action Plan“, „Deutschland wird sich auch mit circa 25 Soldaten an sogenannten logistischen Stützpunkten beteiligen. Sie sollen in sechs osteuropäischen Ländern eine mögliche Ankunft der Speerspitze vorbereiten – und das bereits in diesem Jahr“, so die Mitteilung der Bundeswehr. Diese „Speerspitze“ der NATO wird unter Führung Deutsch-



Der Autor ist stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen

lands derzeit aufgebaut. Die Bundeswehr teilt dazu auf ihrer Homepage stolz mit: „Auf dem aus Münster so genannten NATO-Verteidigungsministerium am 5. Februar in Brüssel wird die Rolle der Bundeswehr im Militärbandnis künftig gestärkt. Deutschland wird sich führend am Aufbau der sogenannten NATO-Speerspitze beteiligen, zum Schutz der NATO-Ostflanke.“ Insgesamt soll die bisherige NATO-Eingreiftruppe auf 30.000 Soldaten erhöht werden, davon soll ein Teil (5000 Soldaten) als Elitetruppe schon ab 2016 innerhalb von Tagen eingesetzt werden können.

Manöver gegen Russland

grenadierbataillon 371 aus Marienberg in Sachsen und das Deutsch-Niederländische Korps aus Münster sowie weiteren ca. 1.000 Soldaten, die auch aus der Luftwaffe oder der Marine kommen können. Ursula von der Leyen (CDU) sieht in der neuen schnellen NATO-Eingreiftruppe „ein Zeichen der Geschlossenheit und der Entschlossenheit“ der NATO, die dadurch „flexibler, schneller und reaktionskräftiger“ werde.

Welche Dimension diese Speerspitze der NATO haben soll macht der der NATO-Oberkommandierende Philip Breedlove deutlich: „Die Arbeit, die wir hier gegenwärtig leisten, ist die größte Herausforderung seit dem Kalten Krieg.“ Und weiter: „Ich habe viele Jahre an der Seite eu-

ropäischer Alliierten gedient und nie eine größere Entschlossenheit gesehen.“ Zu den dauerhaften Stationierungen der NATO kommen derzeit ziemlich viele Manöver in der Nähe zu Russland. Auch hier ist die Rolle der Bundeswehr auffallend: Derzeit sind „nur“ ca. 2.500 Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz. Doch der Inspekteur des Heeres, General Bruno Kasdorf, schätzt, so die „Frankfurter Rundschau“, „mehr als 5.200 deutsche Soldaten werden im Lauf dieses Jahres ihren Dienst in einem der neuen osteuropäischen NATO-Staaten tun.“ Ein Beispiel für ein solches Manöver ist „DepeX“ im Juni, dabei sollen tausende NATO-Soldaten aus Deutschland und anderen Staaten mit „Gerät und Gefechtsstand“ innerhalb von Tagen nach Zagan in Polen gebracht werden und sich dort für ein Manöver aufbauen.

Der Blog „augengeradeaus.net“ hat eine Zusammenstellung bevorstehender Manöver und Übungen der NATO mit Bundeswehr-Beteiligung in Osteuropa gemacht und kommt von März bis November auf 16 hochrangige Manöver mit deutscher Beteiligung. All diese NATO-Manöver dienen nicht dem Frieden. Wir müssen deutlich machen, dass diese aufgeführten NATO-Maßnahmen Aufrüstung sind und in Richtung heißer Krieg gegen Russland gehen. Sämtliche Stationierungen und Manöver der NATO an der Grenze zu Russland müssen gestoppt werden, die NATO-Eingreiftruppe muss aufgelöst statt ausgebaut werden. Die NATO ist ein

Kriegsführungs- und Kriegsvorbereitungsbündnis. Zum Jahrestag des völkerrechtswidrigen NATO-Angriffs auf Jugoslawien (20. März 1999) mit deutscher und britischen Truppen – müssen muss Stück für Stück abgerüstet werden. Aktionen vor dieser Kriegs- und Kriegsvorbereitungs-Infrastruktur der NATO sind zu begrüßen.

Gewalt auf unseren Fußballplätzen

Bleibt die Fairness auf der Strecke?

von Herbert Bußfeld

Im letzten Halbjahr war der Spielverlauf auf so mancher Sportanlage: treten, schlagen, Krankenwagen, Polizei, Spielabbruch. Trotz teilweise ausgesprochen harter Strafen für die Verursacher haben die Vereine das Problem noch nicht im Griff. Zur Befriedung auf unseren Sportanlagen müssen vor allen die Vereinsvorstände in die Pflicht genommen werden. Sie müssen die Begriffe Anstand, Moral und Fairness ihren Sportlern, Trainern und Zuschauern, aber auch so manchen Eltern vermitteln.



Herbert Bußfeld vertritt DIE LINKE als sachkundiger Bürger im Sportausschuss

eine verfasst. Vorstände, die diese Verpflichtung nicht anerkennen oder sich ihr zuwider verhalten, müssen mit dem Ausschluss ihrer Vereine aus dem ESPO rechnen. Bedingt dadurch könnten sie ihre Trainingsanlagen verlieren und aus dem Landessportbund und dem Fußballverband ausgeschlossen werden. Nach Informationen des 1. Vorsitzenden des Fußballkreises 13 (Nord-West), Thorsten Flügel, fehlten bis zum 20. April 2015 nur noch die Unterschriften von 11 Fußballvereinen aus süd Essen. Dieses lässt hoffen, dass in Zukunft der Sport für uns alle wieder die schönste Nebensache der Welt wird.

Selbstverpflichtung gegen Gewalt im Sport

Mit großer Sorge stellen wir fest, dass Gewalt im Sport, insbesondere bei Fußballspielen, auch in Essen zugenommen hat und es immer häufiger zu körperlichen und verbalen Entgleisungen, zu Angriffen auf Schiedsrichter und zu Spielabbrüchen kommt. Gleichfalls ist festzustellen, dass auch Zuschauer sich immer wieder zu verbalen Attacken und sogar Schlägereien hinreißen lassen.

Alle, für die Sport ein Stück Heimat oder einfach „schönste Nebensache der Welt“ ist, sind aufgefordert, sich das nicht zerstören zu lassen. Gewalt löst kein Problem, bringt keine Punkte und zerstört das, was den Sport eigentlich ausmacht, nämlich Teamfähigkeit, Fairness, Toleranz und Integration. Gefordert sind mehr denn je Mut zur Zivilcourage und Entschlossenheit. Auf uns alle und damit auf jede und jeden Einzelne(n) kommt es an.

Die Sportvereine der Stadt setzen sich für einen gewaltfreien Sport ein, in dem kein Platz ist für jede Form der verbalen, psychischen, sexualisierten, rassistischen oder körperlichen Gewalt. Wir fordern alle Essenerinnen und Essener und insbesondere alle aktiven Sportlerinnen und Sportler auf, ein Zeichen gegen Gewalt zu setzen und durch ihr aktives Engagement diese Selbstverpflichtung zu unterstützen.

Essen, 30. März 2015

Veranstaltungsbericht

Nützt oder schadet ein Sexkaufverbot?

Der Rosa-Luxemburg-Club Essen organisiert den Rahmen für politische Debatten, die im Wahnsinn des persönlichen und politischen Alltags vielleicht etwas zu kurz kommen. So griff der Club im März die aktuelle und umstrittene Forderung nach einem „Sexkaufverbot“ auf. Eingeladen waren Mithu Sanyal, die sich wissenschaftlich mit dem Thema Prostitution beschäftigt, Manuela Schon, Autorin des Blogs „diestoerenfriedas.de“, und Jana Koch-Krawczak, die von ihrer Zeit als Prostituierte berichtete. Leider hatte Astrid Grabb von der Prostituiertenselbsthilfe Madonna e.V. wegen Krankheit kurzfristig absagen müssen.



schutzes zum NSU beleuchten. In diesem Zusammenhang wird die Frage diskutiert, ob der Verfassungsschutz abgeschafft werden sollte.

Am 1. Oktober wird es eine Veranstaltung mit Kai Degenhardt, Sohn des 2011 verstorbenen Liedermachers Franz Josef Degenhardt, über das „politische Lied“ geben. Weitere Themen sind in Planung. Der Club freut sich über Mitwirkende und Kooperationsangebote. Die Treffen finden immer am dritten Donnerstag im Monat statt. Weitere Informationen finden sich unter www.rlc-essen.de. Dort kann die Veranstaltung auch „nachgehört“ werden.

Auf dem Podium: Von links nach rechts: Jana Koch-Krawczak, Manuela Schon, Esther Glück (Moderation) und Mithu Sanyal

Es entwickelte sich auf dem Podium und unter den knapp 50 Anwesenden eine lebhaft, teilweise emotional geführte Diskussion unter anderem zu den Fragen, inwiefern Prostitution mit Gewalt verbunden ist, ob man von „freiwilliger“ Sexarbeit sprechen kann, ob sich Sexarbeit von anderen Berufen unterscheidet und ob ein Sexkaufverbot die Lage der Sexarbeiter*innen verschlechtern würde. Es wurde auch die Meinung vertreten, dass statt eines Sexkaufverbots andere gesellschaftliche Rahmenbe-



Rüttenscheid/Essen-Süd: Stolpersteine zur Erinnerung



Corinna Ernst vertritt DIE LINKE in der Bezirksvertretung für Rüttenscheid, Bergerhausen und Stadtwald

In mittlerweile über 500 deutschen und weiteren europäischen Städten dienen Stolpersteine als unaufrichtiges, aber allgegenwärtiges Mahmal für die Opfer des Nationalsozialismus. Die vor den ehemaligen Wohnhäusern – dem letzten freiwillig gewählten Wohnort der Verfolgten – in das Pflaster eingelassenen Steine fungieren als ein Schwarzensteinmal, das mit jedem zusätzlichen Element an Eindringlichkeit gewinnt. Denn die auf den Steinen befestigten Messingtafeln weisen die biografischen Daten der von den Nationalsozialisten diskriminierten und häufig ermordeten Menschen auf.

Durch das Engagement der Bürgerinitiative „Stolpersteine in Essen-Süd“, initiiert von Günter Hinken, Melanie Rudolph, Reinhard Völzke und Sabine Weiler, ist dieses Denkmal nun um 25 Pflastersteine reicher. Die Gruppe von Nachbarinnen und Nachbarn aus Rüttenscheid hat die dortige Verlegung in Zusammenarbeit mit dem Historischen Verein für Stadt und Stift Essen e.V. organisiert. Zusätzlich zu diesen 25 Stolpersteinen im Essener Süden wurden am 28. April in Essen-Steele weitere 14 Stolpersteine verlegt.

Die Von-Seeckt- und die Von-Einem-Straße in Rüttenscheid standen im Januar 2013 schon einmal im bezirkspolitischen Fokus: Ein Bürgerentscheid verhinderte die von der Bezirksvertretung 2 bereits beschlossene Rückbenennung in Irmgard- und Orttrudstraße,

Die Bürgerinitiative „Stolpersteine in Essen-Süd“ bittet um Spenden auf folgendes Konto bei der Sparkasse Essen, um ihre Arbeit weiterführen zu können:

Kontoinhaber: Stolpersteine in Essen-Süd
Kontonummer: DE 44 3605 0105 0000 2634 26
Stichwort: Stolperstein-Projekt

und Juden im Nationalsozialismus. Sie sind ebenso ein Beleg dafür, dass Ausgrenzung und Verfolgung inmitten der Nachbarschaft eines gutbürgerlichen Wohnviertels möglich waren, vor den Augen der nicht-jüdischen Anwohnerinnen und Anwohner. Sie mahnen damit einen respektvollen und helfenden Umgang mit bedrängten und verfolgten Menschen auch in der Gegenwart an.



Was geschieht wirklich in der Ukraine?

Die Ukraine-Krise beschäftigt die Menschen bei uns und auch über Europa hinaus. Wird hier ein neuer „Kalter Krieg“ West gegen Ost entfesselt? Welche Interessen verfolgen die Konfliktparteien im Land? Welche Interessen verfolgen die Europäische Union, die USA, die NATO oder Russland? Wie kann der Konflikt gelöst werden?

Über diese und andere Fragen laden wir zum Gespräch mit Andrej Hunko, Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE aus Aachen. Gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Wolfgang Gehrecke beiste er mehrfach die Ukraine und Russland. Bei seinem letzten Besuch im November traf er Regierungsvertreter und Oppositionelle in der West- und Ostukraine. Wir dürfen gespannt sein, was er uns zu berichten hat.

Donnerstag, 28. Mai 2015, 19.00 Uhr
Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Essen-Innenstadt

Gewerkschafter*innen für den Frieden Kundgebung in Bochum am 9. Mai

Der DGB Ruhr und die Gewerkschafter*innen für den Frieden rufen auf zu einer Kundgebung am Anlass des 70. Jahrestages des Kriegsendes und der Befreiung vom Faschismus am 9. Mai 2015 nach Bochum. Beginn ist um 13 Uhr am Kurt-Schumacher-Platz. Im Aufruf heißt es:

Es ist an der Zeit ... und wir sagen: JA! zur Abrüstung, zu Rüstungskonversion und ziviler Konfliktbearbeitung! NEINI! zu Krieg, zu Gewalt und zu mehr Militär und Hochrüstung! Im 70. Jahr nach der Befreiung schauen wir besorgt auf die Entwicklung in unserer Welt, in Europa und im eigenen Land. Kriege dürfen kein Mittel zur Konfliktlösung sein. Unsere Hoffnung auf eine Welt des Friedens, der Demokratie und sozialer Gerechtigkeit ist längst nicht erfüllt. Im Gegenteil, große Teile der Welt sind von kriegerischen Brandherden überzogen und auch in Europa nimmt die Kriegsgefahr zu.

JA! zur Solidarität mit Flüchtlingen und sozialer Asylpolitik! NEINI! zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit!

Das politische Klima in Deutschland und anderen EU-Staaten ist von Widersprüchen geprägt. Einerseits gibt es die Drohung durch einen neuen „Kalten Krieg“ sowie eine bedrückende Entwicklung, in der rechte Parteien und rechtspopulistische Bewegungen wie Pegida vielerorts Zuspruch bekommen. Andererseits gehen Menschen zahlreich für Frieden und eine weltoffene Gesellschaft auf die Straße.

Wir wollen uns den Problemen der Menschen und den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen stellen, indem wir Lösungen aufzeigen, die von Solidarität, Demokratie und sozialem Fortschritt getragen werden. Mit neuen Initiativen der Aufklärung und der Verantwortung für eine humanere Welt wollen wir uns gemeinsam engagieren und damit im eigenen Land beginnen. Wir wollen



Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit und Fremdenfeindlichkeit leisten und dafür Kräfte bündeln und Menschen mobilisieren.

JA! zu UMfairTEILUNG und zu einer Politik wirtschaftspolitischen Vernunft!

NEINI! zu Spardiktaten und Austeritätspolitik!

Die neoliberale Politik hat maßgeblich zur Verschärfung der aktuellen Krise(n) beigetragen. Wir wollen unseren Beitrag für einen Politikwechsel in Deutschland leisten und damit eine wichtige Voraussetzung für eine Neuausrichtung eines sozialen und demokratischen Europas unterstützen. Wir wollen dem Druck der Finanzmärkte, der ungerechten Reichumsverteilung und einer Politik der Spardiktate, dem Lohndumping, der Aushöhlung der Tarifrechte und dem Bankrott der kommunalen Daseinsvorsorge in Städten und Gemeinden entgegen wirken. Wir verstehen uns als mobilisierender Teil der sozialen Bewegungen.

Wir begrüßen den Aufruf „Europa neu begründen“ und rufen dazu auf, den dringend notwendigen Politikwechsel in Deutschland und Europa aktiv und machtvoll zu unterstützen!

Die Kehrseite



Pack schlägt sich ...

denn es gibt Politiker, die sich im Wahlkampf aufs heftigste bekämpfen, weil sie beide OB werden wollen.

Pack verträgt sich ...

denn dann wiederum tanzt man gemeinsam in der Groko und koaliert so vor sich hin.



Abgehakt

Hauptstadt für ALLES

Essen bewirbt sich als „Stadt der Muttermilch“ und als „Zockerhauptstadt“

Frank & Frei

„Da ist gerade ne 'neue Ausschreibung reingekommen, Chef!“ Der Referent wedelte mit den Händen, in denen er einige Papiere hielt.

„Was denn, Kultur, Medizin, Sport ...?“ Der Dezernent blickte interessiert von seinen Akten auf.

„Nein, es geht eher um den Verkehr ...“ „Kleinschmidt, ich muss doch sehr bitten! Essen als Puffhauptstadt Europas ...!“

„Nein, nein!“ beruhigte der Referent. „Nicht den Verkehr. Ich meine den Straßenverkehr!“

„Warum sagen Sie das nicht gleich?“ Der Dezernent setzte sich wieder. „Also, worum geht es?“

„Es geht um die Verampelung der Stadt. Die Stadt mit den wenigsten unverampelten Kreuzungen gewinnt.“

„Das klingt interessant, da können wir sicher mithalten!“

„Unbedingt. Außerdem gibt es noch den Sonderpreis für die beste rote Welle: Wer es schafft, den fließenden Verkehr möglichst häufig durch – ich zitiere: besonders hinterhältiges Umspringen von Grün auf Rot im letzten Moment, vordringlich auf durchgehenden Hauptverkehrsstraßen, Zitat Ende – zu unterbrechen, kriegt das goldene Bremspedal!“

„Ja, gar nicht schlecht. Lässt sich dann ja auch gut mit unserer Bewerbung für die Grüne Hauptstadt Europas verbinden! „Sieh nicht Rot – geh zu Fuß!“ oder so.“

„Genial, Chef! Zwei Fliegen mit einer Klappe!“

„Was gibt es für Zuschüsse?“

Der Referent blätterte wieder in seinen Papieren. „Hm, ja, ist nicht ganz so lukrativ, wir kriegen da lediglich Putzklappen, um die



Foto: ©Rainer Sturm, pixelio.de

Linsen und Glasteile sauber zu halten.“

„Naja, Kleinvieh macht auch Mist, der Kämmerer freut sich über jeden Euro!“

„Hm, aber eines wird Ihnen nicht gefallen, Chef!“

„Raus damit“

„Wir müssten dann doch einen Zusatz zum Städtenamen führen – Ampelhausen.“

„Kleinschmidt, sind Sie des Teufels? Ampelhausen! Wir machen ja schon so ziemlich alles mit, aber das ...“

Betrübt durchwühlte der Referent seine Papiere. „Wir haben ja noch andere Hauptstadttitel!“, freute er sich dann. „Blumen-

hauptstadt, Hauptstadt des Marienkäfers, Regenwurm-City, Betonhaupt, City-of-Marmelade, Stadt des Bieres, des Schnapses, der Buttermilch ...“

„Muttermilch?“

„Nein: B wie Buttermilch!“

„Ich weiß nicht ... das ist selbst für Essen etwas schräg!“

„Aber da gibt es erhebliche Zuschüsse!“

„Interessant! Lassen Sie hören!“

„Pro Milchkuh auf dem Dorfweiher ...“

„Kleinschmidt!“

„Ah, sorry, Chef, ich weiß: Wir haben keinen Dorfweiher.“

„Richtig. Obwohl. Wir haben ja auch keine Kultur und wurden trotzdem Kulturhauptstadt. Oder das mit der Designhauptstadt ... Sehen Sie hier irgendwo Design?“

„Nein.“

„Sehen Sie! Gibt's in ganz Essen nicht! Und auch für Olympia haben wir uns beworben, bzw. über Düsseldorf bewerben lassen, obwohl wir den Sport abschaffen. Zumindest den Breitensport. Also wenn ich's mir recht überlege, könnten wir auch die Sache mit dem Dorfweiher irgendwie hinkriegen. Bevor wir uns gar nicht bewerben ...“

„Ist vielleicht gar nicht nötig, Chef. Hier hab ich was, Chef- das ist es!“ Triumphierend hielt der Referent ein Blatt in die Höhe.

„Kommen Sie mir bloß nicht wieder mit Ampelhausen!“

„Nein, diesmal hat es was mit ... äh ...“ der Referent wühlte durch seine Unterlagen, „mit Glücksspiel zu tun. Es geht um das Las Vegas des Westens.“

„Gibt's auch eins im Osten? Ha-ha!“

„Der Westen Deutschlands.“

„So schlau bin ich auch, Kleinschmidt. Aber wieso Las Vegas?“

„Da geht es eben um Glücksspiel. Die Zockerhauptstadt Deutschlands! Und ich dachte ...“

„Sie dachten?“

„Ich dachte, im Glücksspiel haben wir doch einige Erfahrung. Zuerst das Crossborder-Leasing, jetzt die Sache mit den Schweizer ...“

„Sofort Ruhe!“ donnerte der Dezernent.

„Ich kenne keine Schweizer, Sie kennen keine Schweizer, niemand kennt die Schweizer!“

(M.Steinmann)

Punkten

will die FDP im Oberbürgermeister-Wahlkampf mit ihrem Schatzmeister Christian Stratmann (64), dem Bruder des bekannten Kabarettisten. Ganz optimistisch sieht sie zwischen Kufen und Paß ganz viel Spielraum für die „bürgerliche Mitte“. Wir empfehlen: Halten Sie es mit Ihrem Kollegen Witzel, der neulich angesichts der Bergschäden unter heimischen Bahntrassen forderte, den „Problemen tiefer auf den Grund“ zu gehen. Da wird Ihr Bruder doch das eine oder andere Wortspiel für Sie übrig haben?

Essen



gehen macht immer Freude. Und zum Kindergeburtstag ist so ein zünftiges Piratenessen eine Wucht. Das jedenfalls kommt raus, wenn man im Internet „Piraten Essen“ eingibt. Spaß beiseite: gleich der zweite Link ist der richtige. Da erfahren wir, dass die Piraten sich nicht an der OB-Wahl beteiligen, obwohl Essen doch „besser werden“ muss. Sie wollen mit der Neuwahl ein „Update“ für das Amt verbinden, das ist der Neusprech für etwas ganz irre Neues. Was das ist und wie das geht, wo Kufen und Paß das Rennen wohl unter sich ausmachen, wird nicht verraten.

Rausgeworfen

wurde kürzlich die AfD aus den Werdener „Domstuben“. Wirt und Beschäftigte hatten rassistische Bemerkungen kritisiert. Die AfD vermutet den Grund eher im „Druck“ der dort ebenfalls tagenden demokratischen Kräfte. Was Zivilcourage im Kleinen doch bewirkt!

Abgegangen

sind der AfD derweil alle Ratsmitglieder. Zunächst nannte Rechtsaußen Menno Aden sie eine „Chaostruppe“, dann verglich Marco Trauten die Antifa mit der NSDAP, um noch mit Veruntreuungsvorwürfen überzogen zu werden. Derweil wählte der Kreisverband einen neuen Vorstand aus strammen Pegida-Anhängern und ehemaligen REP-Funktionären. Dieser „Rechtsruck“ war auch für Jochen Backes zuviel, und das letzte Ratsmitglied warf das Parteibuch hin. Ihre Sitze haben sie natürlich alle behalten ...

Fremdschämen

durften sich die Grünen, nachdem ihr langjähriges Ratsmitglied Elisabeth van Heesch-Orgass ausgetreten war und sich zusammen mit den Ex-AfD'lern Aden und Trauten zur BAL-Fraktion verbandelte. Doch Aden war schneller wieder weg, als man sich im Stadtrat nach ihm umsehen konnte. Jetzt müssen wir uns Erklärungen der neuen BAL-Ratsgruppe anhören, in der der Rechte Marco Trauten sich schärfstens von linkem und rechtem Extremismus distanziert. Das Fremdschämen geht weiter.

An einen politischen Dichter

von Heinrich Heine (1797 – 1856)

**Du singst, wie einst Tyrtäus sang,
Von Heldenmut beseelt,
Doch hast du schlecht dein Publikum
Und deine Zeit gewählt.**

**Beifällig horchen sie dir zwar,
Und loben, schier begeistert:
Wie edel dein Gedankenflug,
Wie du die Form bemeistert.**

**Sie pflegen auch beim Glase Wein
Ein Vivat dir zu bringen
Und manchen Schlachtgesang von dir
Lautbrüllend nachzusingen.**

**Der Knecht singt gern ein Freiheitslied
Des Abends in der Schenke:
Das fördert die Verdauungskraft,
Und würzet die Getränke.**

Rätsel-Ecke

Finde das neunbuchstabile Wort

Aus den neun Buchstaben lassen sich viele Wörter bilden. Gesucht werden Wörter ab 4 Buchstaben. Möglich sind Wörter der deutschen Sprache in ihrer Grundform, Vornamen jeder Herkunft, Nachnamen von Personen des öffentlichen Lebens in Vergangenheit und Gegenwart sowie im Alltag gebräuchliche Abkürzungen. Der Buchstabe in der Mitte muss immer dabei sein.

Wir verlosen zweimal „Popschutz“, das aktuelle Album von Stefan Stoppok. Der 1. Preis wird unter denen verlost, die das neunbuchstabile Wort herausfinden, der 2. Preis unter denen, die über 250 Punkte erzielen. Alle haben also zwei Chancen!

Lösungen bitte per Post oder E-Mail an: Essener Morgen, DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, essener-morgen@dielinke-essen.de. Einsendeschluss ist der 20. Juni 2014. Einsendungen von Angehörigen der Redaktion und mündliche Überlieferungen können nicht entgegen genommen werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Spaß beim Raten!

| | | |
|---|---|---|
| E | B | I |
| M | E | L |
| S | U | A |

Herzlichen Glückwunsch an Emin Araz, er gewann beim letzten Rätsel das Buch von Werner Ruf über den Islam mit dem Lösungswort „Fahrscheine“.